Anfrage öffentlich	Datum 23.01.2014	Nummer F0013/14
Absender Mirko Stage, future! – Die junge Alternative		
Adressat Oberbürgermeister Herrn Dr. Lutz Trümper		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 23.01.2014	
Kurztitel Magdeburg, eine Stadt im Ausnahmezustand		

"Magdeburg, eine Stadt im Ausnahmezustand" lautet der treffende Titel des Berichtes der Demonstrationsbeobachter des Komitees für Grundrechte und Demokratie zu den Ereignissen in Magdeburg vom 18.01.2014.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, Herr Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper,

- war Ihnen bereits zuvor bekannt, dass die Polizei plant, ganze Stadtteile abzuriegeln und sogar Anwohner/-innen teilweise über zwei Stunden lang daran zu hindern, zu Ihrer Wohnung zu gelangen? Waren Ihnen bereits im Vorfeld die geplanten Demonstrationrouten der Neonazis bekannt?

Halten Sie und die Verwaltungsspitze es für gerechtfertigt und rechtlich zulässig, dass

- Magdeburgern/-innen aus den ostelbischen Stadtgebieten, die sich beim Versuch, die Brücken zu überqueren, sogar konkret darauf bezogen haben, die angemeldete und genehmigte Meile der Demokratie besuchen zu wollen, dies trotzdem an allen Brücken verwehrt wurde?
- Anwohner/-innen aus den ostelbischen Stadtgebieten, beim Versuch die Elbe heimwärts zu überqueren, teilweise über zwei Stunden lang daran gehindert wurden, zu ihrer Wohnung zu gelangen? Und dass, obwohl sie per Personalausweis bereit waren zu belegen, dass sie tatsächlich Anwohner/-innen sind?
- Magdeburger/-innen, die die angemeldete und genehmigte Kundgebung am Bahnhof Herrenkrug besuchen wollten, ebenso an der Überquerung der Elbe gehindert wurden, teils mit der unwahren Begründung, diese Kundgebung sei bereits aufgelöst?
- das Krankenhaus der *Pfeifferschen Stiftungen* sowohl für Mitarbeiter/-innen als auch Magdeburger/innen, die dort liegende Patient/-innen besuchen wollten, nur über einen ca. 30 km langen Umweg über Schönebeck erreichbar war?

Welche Schritte werden Sie unternehmen, um diese massive Einschränkung der Bürgerrechte der Einwohner/-innen unserer Stadt kritisch gegenüber dem Land zu hinterfragen und auszuwerten? Bis wann wird die erfolgen? Wie werden Sie anschließend

die Magdeburger/-innen und uns Stadträte darüber informieren? Wie werden Sie verhindern, dass sich solch eine massive Einschränkung der Bürgerrechte in Zukunft wiederholt? Welche Möglichkeiten sehen Sie darüber hinaus, um einen erneuten Aufmarsch von Neonazis zukünftig weiter zu erschweren?

Ich bitte um kurze mündliche und detaillierte schriftliche Beantwortung.
Vielen Dank!

Mirko Stage (future! - Die junge Alternative)